

Das globale Terrorimperium der weltlichen und religiösen Gewaltherrschaft Band III

Das Schicksal der Deutschen nach der "Befreiung" im Mai 1945

4 Jahre Sklavendasein + 71 Jahre Vasallenschaft

Band III/028

Staatlich gelenkte Migrationspolitik, Teil 3

Herbert Ludwig berichtete am 21. Juni 2018 in seinem Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" über zukünftig drohende gewaltsame Auseinandersetzungen in Deutschland (x963/...): >>Bürgerkriege voraussehbar

"Wir können nicht mehr Ausländer verdauen, das gibt Mord und Totschlag."

Helmut Schmidt (SPD) 1981

Die gezielte Massenmigration nach Europa durch UNO, EU und das Merkel-Regime, die seit 2015 den bereits vorhandenen Anteil kulturfremder und zum großen Teil muslimischer Menschen gewaltig erhöht hat und laufend weiter erhöht, führt unvermeidlich zu jetzt bereits beobachtbaren gesellschaftlichen Folgen, die die betroffenen Länder in den Zerfall und die Chaotisierung treiben müssen.

Es ist darüber hinaus absehbar, daß in der übergangenen einheimischen Bevölkerung gegen die größtenteils nicht integrierbaren, auch integrierunwilligen und teilweise immer aggressiver werdenden Ausländer, gegen die daraus folgende steigende Kriminalität und die wachsende Verarmung der eigenen Unterschichten zunehmend Aversionen und Aggressionen entstehen, die sich in tätlichen Auseinandersetzungen und Bürgerkriegen entladen werden.

Auseinandersetzungen der Einheimischen

In der Frage der unbegrenzten und unkontrollierten Aufnahme von Flüchtlingen und Migranten sind die Deutschen selbst tief gespalten. Noch hält eine Mehrheit unter dem Einfluß des Berliner Parteienkartells und der indoktrinierenden Mainstream-Medien die Aufnahme aus "humanitären Gründen" für richtig. Ihnen steht eine wachsende Zahl von Kritikern gegenüber, die die globale Planung zur Zerstörung der Nationalstaaten und Auflösung der Völker durch kulturfremde und überwiegend muslimische Immigranten durchschauen, in deren Dienst die eigene Regierung und die meisten "Volksvertreter" offensichtlich tätig sind.

Doch es findet über diese lebensentscheidende Frage keine sachliche Auseinandersetzung statt. Die Kritiker werden medial in aller Breite als Ausländerfeinde, Rassisten, Nationalisten oder Faschisten diffamiert, von den Schlägertrupps der staatlich subventionierten "Antifaschisten" tätlich angegriffen und an Demonstrationen und Versammlungen gehindert, was - seit Jahren von der Polizei nur mühsam im Zaum gehalten - bereits Bürgerkriegscharakter trägt.

In dieser aggressiven Atmosphäre wird es sicher weiter zu wechselseitigen Radikalisierungen kommen. Auf der einen Seite werden sich die Zuwanderungskritiker immer mehr mit wachsenden Demonstrationen Luft verschaffen und in Teilen zu wirklicher Ausländerfeindlichkeit steigern, was auf der anderen Seite die Befürworter zu einem noch heftigeren Kampf gegen "rechts", "Intoleranz", "Nationalismus" und dergleichen anstachelt. So entsteht zunehmend ein allgemeines Klima des Hasses und des Kampfes der beiden Bevölkerungsgruppen gegeneinander.

Dabei wird aufgrund der eskalierenden Probleme die Gruppe der Zuwanderungs-Kritiker ständig zunehmen und ihre Gegner in die Minderheit drängen, "die aber", so der Hamburger Philosoph Lars Grünewald, "mit Hilfe der von den Eliten gesteuerten Medien sich weiterhin als 'Mainstream' und als 'Political Correctness' geltend machen und versuchen wird, die Mehrheit der Bevölkerung ideologisch zu diffamieren und ihr eine im Grunde menschenfeindliche Gesinnung zu unterstellen.

Was die Gegner der Zuwanderungs-Kritiker, die sich solcher Praktiken bedienen, dabei tun, ist, systematisch wesentliche Bestandteile des Grundgesetzes auszuhebeln, nämlich den Artikel 4, der eine absolute Überzeugungsfreiheit jedes Menschen gestattet, den Artikel 5, der in weitestem Umfang die Äußerungsfreiheit jedes einzelnen Menschen garantiert, ferner den Artikel 8, der eine Versammlungsfreiheit gewährleistet für die unterschiedlichsten Bestrebungen, und den Artikel 9 der Vereinigungsfreiheit, der Freiheit, seine Interessen auch gegen andere Interessen durch Zusammenschluß von Menschen zu vertreten."

Sie werfen den Kritikern Intoleranz gegen Migranten vor, üben jedoch selbst gewaltsame Intoleranz aus und zerstören fundamentale Grundrechte der Demokratie, in die die Migranten angeblich doch integriert werden sollen. So zeigen sie diesen, daß ihre enthusiastischen Begrüßer mit den freiheitlichen Grundwerten selbst nichts am Hut haben und geben ihnen ein Vorbild, wie man sich in Deutschland durchsetzen kann. Und die geduldeten Antifa-Horden demonstrieren ihnen ständig mit Respektlosigkeit, Haß und tätlichen Angriffen nicht nur gegen friedliche Demonstranten, sondern auch gegen die Polizei des Staates praktische Anleitung zum Bürgerkrieg.

Gesamtgesellschaftlich beschreiten sie den Weg zu einer weiteren Variante des Totalitarismus, "in dem andere Meinungsäußerungen und Aktivitäten als diejenigen, die im Mainstream liegen und der Richtung der Political Correctness, nicht mehr zugelassen und gesamtgesellschaftlich geächtet werden. Das wäre das Entstehen eines neuen Totalitarismus, eines Faschismus der "Gutmenschen" gewissermaßen. Auf der anderen Seite steht dem aber gegenüber ein Bevölkerungsanteil von zunehmender Größe, der solche Art der Behandlung schlicht nicht hinnehmen wird. Und damit laufen wir auf Verhältnisse eines inneren gesellschaftlichen Krieges zu."

Dieser gesellschaftliche Krieg wird in einer unheilvollen Mischung aus Kämpfen von Deutschen gegen Deutsche, Migranten gegen Deutsche und Migranten gegen Migranten bestehen. Letzteres ist bereits in den Zusammenstößen zwischen Türken und Kurden und in tätlichen Auseinandersetzungen in Flüchtlingsheimen sichtbar geworden.

Kein wirklicher Integrationsprozeß

Das zentrale Problem besteht in einem fehlenden Integrationsprozeß für die Zuwanderer in die deutsche Gesellschaft und Kultur derart, daß allmählich eine Identifizierung damit stattfindet. Das ist schon durch die großen Massen völlig Kulturfremder, die in kurzer Zeit und ständig weiter ins Land gelassen werden, nicht möglich. Aber daß dies so geschieht, ist eben Ausdruck des Willens der die Deutschen beherrschenden Kreise, daß eine wirkliche Integration, die den Namen verdient, gar nicht stattfinden soll.

Der deutsche Politikwissenschaftler und Nahostexperte syrischer Herkunft Bassam Tibi, 36 Jahre lang Professor an der Uni Göttingen, kritisierte scharf den deutschen Integrationsbegriff. "Ich habe als Berater mit Verwaltungsleuten über Integration geredet und war erstaunt. Mit Integration meinen sie: Registrierung, Alimentierung, häusliche Unterbringung, bestenfalls Sprachkurse. Integration heißt aber, daß man eine Bürgeridentität annimmt. Zu einer Heimat gehört Identität. Wenn dieser Faktor ausgeschlossen wird, bleibt nichts. Da steckt aber das deutsche Problem: Es gibt kein Identitätsangebot."

Dies ist der Ausgangspunkt für die entstandenen und weiter entstehenden Parallelgesellschaften. Die Ausländer bleiben weitgehend unter sich, im Dunstkreis ihrer eigenen kulturellen, vielfach mittelalterlichen Lebensformen und Gewohnheiten. Insbesondere der Islam, dem die

meisten Migranten angehören, hält sie von vorneherein zur Abschließung und zu einer gegnerischen Haltung gegen Christentum und freiheitlich-demokratische Lebensformen an.

Daher leben auch, wie Bassam Tibi aus seiner Beobachtung feststellt, 90 % der Muslime in Deutschland praktisch in Parallelgesellschaften. "Die meisten möchten auch gar nicht dazugehören." Die anderen 10 % der Muslime sind beruflich und gesellschaftlich deshalb eingegliedert, weil sie dem Islam zwar von Geburt noch angehören, sich aber innerlich davon emanzipiert haben oder überhaupt areligiös geworden sind.

Scharfe Kritik übt Tibi an der Deutschen Islam-Konferenz, die er als eine "Veranstaltung der Unehrllichkeit" bezeichnete. Sie sei "deutsche Unterwerfung". Der Staat kapituliere vor dem Islam. Die Deutschen führten einen Dialog mit nur vier Verbänden, die alle *"aus dem Ausland finanziert werden und islamistisch und schriftgläubig sind"*. Liberale Muslime seien ausgeschlossen worden. Inhaltlich gehe es nicht um eine Integration von Muslimen, um Sicherheit und Zuwanderung, sondern um die Minderheitenrechte des organisierten Islam.

Aus den Parallelgesellschaften haben sich bereits und entwickeln sich weiter sogenannte "Nogo-Areas", Stadtteile mit überwiegender Migrantenbevölkerung, die, mitbedingt durch hohe Arbeitslosigkeit, zu Brutstätten von Gewalt, Kriminalität, Drogenhandel und von Hoffnungs- und Perspektivlosigkeit werden.

Es sind quasi rechtsfreie Räume, in denen keine öffentliche Sicherheit mehr besteht, auch nicht mehr gewährleistet werden kann, in die sich die Polizei, wenn überhaupt, nur noch mit einem großen Aufgebot hineinwagt. Aber auch schon die Aufnahme- oder Flüchtlingsheime bilden durch die Beschäftigungslosigkeit, Langeweile und Perspektivlosigkeit der überwiegend jungen, kräftigen Migranten wachsende Stätten der Unruhe, Gewalt und Kriminalität, sowohl teilweise untereinander, als auch und vor allem gegen die deutsche Bevölkerung.

CIA-Studie

Die Perspektive von Bürgerkriegen werden viele sicher noch für weit übertrieben halten. Aber es kommt darauf an, die Dinge nüchtern ins Auge zu fassen. Bereits in seinem 2009 erschienenen Buch "Vorsicht Bürgerkrieg!" stellte Udo Ulfkotte eine Fülle von belegten Fakten zusammen, die alle auf kommende Bürgerkriege zulaufen.

So erwähnte er (S. 129 ff.) auch unter anderen Geheimdienst-Studien eine solche des CIA, aus der CIA-Chef Michael Hayden in einer Rede in der Kansas State University einiges publik machte, worüber die Washington Post am 1.5.2008 berichtete. Der CIA-Chef wird mit den Worten zitiert, Europa werde weiterhin ein starkes Anwachsen der moslemischen Bevölkerungsgruppe zu verzeichnen haben, deren Integration die europäischen Staaten vor große Herausforderungen stellen und das Potential für Bürgerkriege und Extremisten deutlich erhöhen würden.

"In dem Bericht wird die "Unregierbarkeit" vieler europäischer Ballungszentren "etwa um das Jahr 2020 herum" prognostiziert. In Deutschland fallen darunter angeblich: Teile des Ruhrgebietes - namentlich erwähnt werden etwa Dortmund und Duisburg -, Teile der Bundeshauptstadt Berlin, das Rhein-Main-Gebiet, Teile Stuttgarts, Stadtteile von Ulm sowie Vororte Hamburgs.

Ähnliche Entwicklungen sieht die CIA für den gleichen Zeitraum in den Niederlanden, Belgien, Frankreich, Großbritannien, Dänemark, Schweden und Italien. Die Studie spricht von "Bürgerkriegen", die Teile der vorgenannten Länder "unregierbar" machen würden. Hintergrund der Studie sind Migrationsbewegungen und der mangelnde Integrationswille von Teilen der Zuwanderer, die sich rechtsfreie ethnisch weitgehend homogene Räume" erkämpfen und diese gegenüber allen Integrationsversuchen auch mit Waffengewalt verteidigen würden. Die CIA behauptet vor diesem Hintergrund, daß Teile Europas "implodieren" und die Europäische Union in ihrer derzeit bekannten Form wohl auseinander brechen werde.

Die CIA ordnet schwere Jugendunruhen, wie sie sich in den letzten Monaten in französischen Vorstädten, in den Niederlanden, in Dänemark, Großbritannien und Schweden ereignet ha-

ben, als "Vorbote" dieser kommenden Bürgerkriege ein. In den kommenden Jahren werde die Kriminalität unbeschäftigter Kinder von Zuwanderern steigen, die steigenden Sozialausgaben der europäischen Staaten würden nicht reichen, um diese Bevölkerungsgruppe dauerhaft ruhig zu stellen.

Die CIA-Studie weist darauf hin, daß schon jetzt in einigen europäischen Staaten bis zu 70 Prozent der inhaftierten Straftäter (beispielsweise in Spanien wie auch in Frankreich) aus dem islamischen Kulturkreis stammen. Europa werde von einem beachtlichen Teil der Migranten als schwach und dem Untergang gewidmet gesehen. Die Gesetze, Werte und Normen würden nicht anerkannt. Damit steige das Unruhepotential für die kommenden Jahre beachtlich."

Gegenwart

Die Dinge haben sich mit der Massenflut von 2015/16 ja gewaltig weiterentwickelt, wie jeder täglich insbesondere in den alternativen Medien des Internets lesen kann. Auch die No-go-Areas, die bereits 2008 von erfahrenen Polizisten als "tickende Zeitbomben" bezeichnet wurden, sind nicht entschärft, sondern haben - um im Bilde zu bleiben - weiteren Explosionsstoff und größere Zünder erhalten. Inzwischen kommt es schon zu Zusammenrottungen moslemischer Jugendbanden außerhalb ihrer Viertel gegen die Polizei wie kürzlich in München, die der davon berichtende Blog "Le Penseur" "Vorbote des Bürgerkrieges" nennt.

Auch rotten sich bereits neu angekommene Migranten in Flüchtlingsheimen gegen die Polizei zusammen, wie es in der Nacht zum 1. Mai in Ellwangen geschah, wo rund 200 Afrikaner drei Streifenwagenbesetzungen der Polizei unter massiver Gewalt dazu zwangen, einen verhafteten Togolesen wieder freizulassen, sich zurückzuziehen und den Schlüssel für die Handschellen herauszugeben. "Ellwangen stellt einen Wendepunkt dar: Migranten verbünden sich gegen einen Staat, der sie aufgenommen hat und großzügig versorgt", notierte das Internet-Magazin "Tichys Einblick" unter der Überschrift: "Ist das erst der Anfang?"

In einer Dresdener Erstaufnahmeeinrichtung gingen am 17. Mai 2018 wegen des Essens etwa 25 Bewohner auf den Sicherheitsdienst los. Die Security-Mitarbeiter wurden mit Steinen, Betteilen, Stühlen, Tischbeinen und Messern angegriffen. Drei Wachmänner wurden verletzt und mußten ärztlich versorgt werden. Ein Sicherheitsmann kam mit Stichverletzungen ins Krankenhaus.

Gleichzeitig wird aus Griechenland berichtet, daß sich vor allem in Athen immer mehr Migranten zusammenrotten oder sich bereits bestehenden Banden anschließen und sich Waffen auf dem Schwarzmarkt besorgen. Der Grund dafür sei, daß viele kaum noch Hoffnung auf eine Ausreise in ein anderes EU-Land haben und keine Chance auf ein besseres Leben in Griechenland sehen. Die Polizei sei mit der sich zuspitzenden Lage völlig überfordert.

Die Kriminalität der Zugewanderten hat laufend zugenommen. Die Zahl der "Straftaten gegen das Leben" durch die in den letzten Jahren ca. 1,6 Millionen Zugewanderten hat sich seit 2013 vervierfacht, von 113 auf 447. Die Zugewanderten, die einen Anteil von 2 % an der deutschen Bevölkerung ausmachen, stellen jetzt 15 % der Mörder und Totschläger, also 7,5 mal mehr als ihrem Anteil entspricht.

Im gleichen Zeitraum hat sich die Zahl der "Straftaten gegen die "sexuelle Selbstbestimmung" durch Zuwanderer verneunfacht, von 599 auf 5.258. Allein gegenüber dem Vorjahr hat die Zahl der Sexualverbrechen durch Zuwanderer 2017 um 54 % zugenommen, von 3.404 auf 5.258. Dabei werden aber nach Expertenschätzung 90 % der Sexualdelikte nicht angezeigt. Bei den erfaßten Sexualtätern stellten die Zuwanderer 11,9 % der Täter.

Laut einer weiteren aktuellen Statistik des Bundeskriminalamts gab es 2017 knapp 40.000 deutsche Opfer von Straftaten durch vermeintlich "Schutzsuchende" - fast sechsmal mehr als in umgekehrter Konstellation. Das heißt, durchschnittlich werden pro Tag über 100 Bürger Opfer von Verbrechen, die von Zuwanderern begangen werden.

Polizei und Justiz sind heillos überfordert. Wegen dramatischen Personalmangels, der sich

noch erheblich verstärken wird, stauen sich die Ermittlungsverfahren, viele werden wegen "Geringfügigkeit" eingestellt, und die Gerichte urteilen vielfach außerordentlich milde mit "Migrantenbonus" - zum Vergnügen der Migranten, das sich mit Geringschätzung mischt.

Wenig beachtet wird das Gewalt- und Bürgerkriegspotential der über die offenen Grenzen einmarschierten islamischen Terroristen, deren genaue Zahl unbekannt ist. Der Verfassungsschutz rechnete laut Focus bereits 2016 mehr als 43.000 Menschen zur "islamistischen Szene" in Deutschland, eine Zahl, die in den vergangenen Jahren stetig gewachsen ist - vor allem durch den starken Zulauf bei der Gruppe der Salafisten, einer besonders fundamentalistischen Strömung innerhalb des Islam, der rund 8.650 Leute zugerechnet wurden.

Etwa 1.100 Menschen in Deutschland ordnete man dem "islamistisch-terroristischen" Spektrum zu, darunter fast 500 sogenannte Gefährder - also Menschen, denen die Polizei grundsätzlich zutraut, daß sie einen Terrorakt begehen könnten. Inzwischen wird die Zahl der Gefährder mit mehr als 720 angegeben.

Zudem wächst aus den Schulen ein riesiges Gewaltpotential nach. Immer mehr total überforderte Lehrer beklagen *"schlimmste soziale Verhältnisse"* und daß vielfach an regulären Unterricht nicht mehr zu denken sei. Insbesondere die meisten muslimischen Familien schotten sich völlig ab. Diese Eltern halten ihre Kinder nicht zum Lernen und zum Respekt vor ihren Lehrern an. Mobbing und Gewalt gegen deutsche Schüler und sogar psychische und physische Gewalt gegen Lehrer nehmen laufend zu.

Was auf uns zukommt, kann in Schweden bereits beobachtet werden.

"Schwedens Polizeichef hat schon mehrfach betont, daß die Polizei machtlos sei gegen die Überzahl der in Schweden lebenden gewalttätigen Moslems, und schwedische konservative Politiker haben zugegeben, daß der schwedische Staat nicht mehr Herr im eigenen Land ist. ... Der Vorort Rinkeby in Stockholm gilt zusammen mit den Bezirken Husby und Tensta und bestimmten Bereichen Malmös zu den schlimmsten No-Go-Zonen in Schweden. Dort ist inzwischen der Gebrauch von Schußwaffen und Handgranaten alltäglich. Hauptsächlich leben in allen No-Go-Zonen Migranten. Es herrschen Arbeitslosigkeit, wirtschaftliche Armut und Gewalt."

"Rinkeby ist wie ein Kriegsgebiet. Wenn die Polizei dort arbeitet, tut sie das, wie die bewaffnete Armee es tun würde", sagte die schwedische Staatsanwältin Lisa Tamm. *"Ich habe mir die Frage gestellt, wie haben sie es in Kolumbien geschafft, die FARC Guerilla zu besiegen und in El Salvador, den Krieg zu beenden. Oder in allen anderen Teilen der Welt, in denen sie so große Probleme über viele, viele Jahre hatten. Gibt es da irgendeine Lösung. Man muß über den Tellerrand hinausschauen".*

Was bedeuten Bürgerkriegszustände?

Die Zustände in den "No-go-Areas" und die darüber hinaus sich ausbreitende Radikalisierung und Kriminalisierung haben zur Folge, daß weite Teile des Landes, wie es in der CIA-Studie heißt, "unregierbar" werden. Das heißt, daß Polizei, Staatsanwaltschaft und Gerichte nicht mehr in der Lage sind und - auch aus Überlastungsgründen - immer weniger in der Lage sein werden, alle Straftaten zu verfolgen und zu ahnden. Es entstehen also rechtsfreie Räume, in denen kriminelle Handlungen beliebig und ungestraft möglich sind. Das bedeutet den Verlust der Rechtssicherheit für die in diesen Gebieten lebenden Menschen und praktisch den lokalen Zusammenbruch des Rechtsstaates.

Der Hamburger Philosoph Lars Grünewald malt das wahrscheinliche Szenario wie folgt aus:

"Wo aber der Rechtsstaat zusammengebrochen ist, da wird es zu wahllosen Plünderungen und Ausschreitungen kommen, und es wird sich die gesamte in den vergangenen Jahrzehnten aufgestaute und durch Armut und Perspektivlosigkeit hervorgerufene Aggression vieler der betroffenen Menschen entladen."

Die davon betroffenen Bevölkerungsgruppen hatten sich ja bisher darauf verlassen können, daß der Rechtsstaat solche Straftaten verhindert oder, falls sie begangen worden sind, ent-

sprechend ahnden wird. Und der gesamte Gesellschaftsvertrag beruht ja darauf, daß der einzelne Mensch seine Rechte auf Durchsetzung seiner persönlichen Interessen und auf Ahndung des an ihm begangenen Unrechts an den Staat abtritt, indem er sich darauf verläßt, daß der Staat seine Rechte durchsetzen wird.

Wenn der Staat das aber nicht mehr tut, dann fällt die Exekutive an den einzelnen Menschen zurück, er wird sich seiner Haut und seines Besitzes selber erwehren müssen, und dabei wird es zu zahlreichen Fällen von Lynchjustiz, massenhafter Sippenverfolgung und ähnlichen Auseinandersetzungen kommen. Denn die angegriffenen Menschen werden sich nicht wehrlos ausbeuten und abschlachten lassen, sondern sie werden versuchen, sich dagegen so gut und so effizient wie möglich zu wehren. Und dabei wird jedes Differenzierungsvermögen der Betroffenen innerhalb einer solchen Atmosphäre der Aggressivität, eines solchen Bürgerkrieges, verloren gehen.

Dabei werden sich die bisher existierenden Fronten durchmischen und aufbrechen und als weitgehend irrelevant herausstellen. Denn es kommt dann bei solchem allgemeinen Chaos und solcher allgemeinen Aggressionsentladung nicht mehr darauf an, ob jemand Deutscher oder Ausländer, oder ob er Ausländerfeind oder Ausländerfreund ist. Der gemeinsame Gegner solcher Unruhen, die massenhaft entstehen werden, wird das deutsche Wohlstandsbürgertum und wird der Staat sein.

Denn das Wohlstandsbürgertum steht für Reichtum und Staat steht für Ordnung. Und Menschen, die selber in Armut und Chaos gestürzt sind, werden eine starke Tendenz dazu haben, sich an den Exponenten dessen, was ihnen vorenthalten worden ist, zu rächen und die entsprechenden Strukturen zerstören. Wenn die bürgerkriegsartigen Zustände erst erreicht sein werden, dann wird es in gar keiner Weise mehr um ideologische Differenzen und Auseinandersetzungen gehen, sondern um einen schlichten Aufstand der Armen und der unteren Schichten gegen die Reichen und Etablierten."

Der Staat bereitet sich vor

Natürlich macht sich der Staat Gedanken über diese Entwicklung. Udo Ulfkotte berichtete, daß die deutschen Sicherheitsbehörden genaue Listen über die potentiellen Unruhegebiete führen würden.

"Der Autor hat die komplette Liste mit allen Untergliederungen der deutschen Sicherheitsbehörden einsehen dürfen. Es sind explosive Gebiete, auch wenn viele ... derzeit noch völlig ruhig ... erscheinen mögen. ... Im Bundeskanzleramt bezeichnet man die dicken Mappen intern als den 'Atlas der Wut'. In diesen Listen gibt es fettgedruckte Namen. Dort werden 'soziale Unruhen' und wütende Krawalle aus Sicht der Sicherheitsbehörden in absehbarer Zeit für 'wahrscheinlich' gehalten. ... Solche Listen gibt es übrigens in jedem europäischen Land."

Doch man beläßt es nicht beim Beobachten. Wie die EU-Kommission und alle EU-Staaten bereitet auch die deutsche Exekutive Polizei- und Bundeswehreinheiten auf innere Unruhen vor. So berichte focus.de: *"Bundeswehr und Polizei üben erstmals gemeinsam Abwehr von Terrorangriff"*, was natürlich zugleich auch Vorbereitung auf größere innere Unruhen bedeutet.

Die Bundeswehr läßt seit 2012 in Schnöggersburg, einer ehemalige Dorf- und Forststelle in der Colbitz-Letzlinger Heide, eine Übungsstadt für den Stadt- und Häuserkampf errichten (Wikipedia).

"In der Übungsstadt Schnöggersburg bereitet sich die Bundeswehr mit schwerem Geschütz nicht nur auf diverse Auslandseinsätze vor, sondern auch auf Häuserkämpfe und Straßenschlachten im Inneren. Offenbar hält man Bürgerkriegsszenarien nicht für unrealistisch", berichtete kürzlich RT-Deutsch.

Auch *"die EU rüstet sich gegen innere Unruhen. Im italienischen Vicenza werden paramilitärische Einheiten für Auslandseinsätze ausgebildet. Aber seit der Vertrag von Lissabon in Kraft getreten ist, dürfen diese Einheiten auch innerhalb der EU eingesetzt werden - und zwar*

bei "vom Menschen verursachten Katastrophen", meldete der Schweizer Rundfunk. ...

"Was eine von Menschen verursachte Katastrophe denn sei, haben dann die EU-Außenbeauftragte Cathrine Ashton und die EU-Kommission in einem Papier von 2012 folgendermaßen dargelegt: "Jede Situation, die schädliche Auswirkungen auf Menschen, die Umwelt oder Vermögenswerte hat oder haben kann." Bekanntlich haben auch Streiks Auswirkungen auf Vermögenswerte."

Ist es nicht merkwürdig, daß die Regierung nicht alles tut, um die Ursachen für die Konflikte zu beseitigen, also die unkontrollierte Massenmigration zu stoppen, in den Problemzonen aufzuräumen und die Armut an der kapitalistischen Wurzel zu bekämpfen, sondern daß sie beobachtet und die Konflikte sich entwickeln läßt, um dann mit Gewalt einzugreifen?

Wenn solche Bürgerkriegszustände ausgebrochen sind und die Polizei nicht Herr der Lage werden kann, wird der Einsatz des Militärs erfolgen, und wenn das eigene Militär der einzelnen Staaten nicht ausreicht, das der (US-geführten) Nato. Daraus wird dann vermutlich eine straffe Neuordnung hervorgehen, in der das Risiko zukünftiger Unruhen zwischen den verfeindeten Bevölkerungsgruppen minimiert wird. Dem wird ein starkes Bedürfnis der gebeutelten europäischen Bevölkerung nach Ruhe und Ordnung und nach einem gewissen wirtschaftlichen Wohlstand entgegenkommen.

Totalitäre Neuordnung

Es ist zu erwarten, daß eine versteckt totalitäre Neuordnung errichtet werden wird, die neben Ruhe und Ordnung Brot und Spiele für alle garantiert, damit nicht aufgrund zu großer Langeweile und seelischer Leere wieder neue Unruhen entstehen. Lars Grünwald erwartet:

"Nach einer Phase der Destruktivität und des allgegenwärtigen Chaos wird es weiten Teilen der Bevölkerung leicht plausibel zu machen sein, daß die Gefahr für politische und gesellschaftliche Stabilität einerseits und wirtschaftlichem Wohlstand andererseits im wesentlichen von der Äußerungsfreiheit und der Betätigungsfreiheit der Menschen ausgeht.

Man wird also Sorge dafür tragen müssen, daß diese Äußerungs- und Betätigungsfreiheit so weit eingeschränkt wird, daß von ihr keine Bedrohung mehr für die gesellschaftliche Stabilität ausgeht

Das bedeutet aber die nahezu vollständige Einschränkung des Selbstbestimmungsrechtes des einzelnen Menschen und damit die Abschaffung einer jeglichen, auf Individualismus gegründeten Kultur. Und das ist auch das überragende strategische Ziel der zentralen Kreise der politischen und wirtschaftlichen Steuerungs-Eliten.

In einer weitgehend monopolisierten Wirtschaft wird es dann auch zur Einführung eines Grundeinkommens kommen müssen. Denn wenn eine konkurrenzbasierte Wirtschaft nicht mehr möglich ist, dann muß es eine Zuteilungswirtschaft geben, die durch staatliche Verfügung dafür sorgt, daß die einzelnen Menschen nicht verhungern - mit Ausnahme der politischen Gegner.

Denn wenn der Staat erst einmal das wirtschaftliche Instrument zur Grundversorgung der gesamten Bevölkerung in seiner Hand hat, dann wird er es gezielt einsetzen, um seinen Systemgegnern die Lebensgrundlage zu entziehen und sie ebenso gezielt verhungern zu lassen. Und auch eine solche Sanktionierung wird bei weiten Teilen der Bevölkerung auf große Zustimmung stoßen."

Der erste Schritt, diese voraussehbare Entwicklung zu stoppen und möglichst rückgängig zu machen, kann nur darin bestehen, genügend Bürger davon zu überzeugen, daß die systemtragenden Altparteien im Bundestag keine regierungsfähige Mehrheit mehr erhalten, und nach Möglichkeit bereits vor der nächsten Wahl den Bruch der jetzigen Regierungskoalition und Neuwahlen herbeizuführen.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtete im Juli 2018 im COMPACT-Spezial Nr. 18 (x322/15-17): >>Das Leid unserer Schüler

_von Rüdiger Lenhoff

Der schleichende Volksaustausch begann in den Kreißsälen und ist längst auch in Kitas und Schulen sichtbar geworden. Vielerorts sind deutsche Kinder bereits deutlich in der Minderheit. Das hat gravierende Auswirkungen auf das ganze Land.

Einige Jahre vor dem durch Angela Merkel ausgelösten Zuwanderungs-Tsunami schrieb der Genozid- und Zivilisationsforscher Gunnar Heinsohn: "Im Jahr 2005 gebären die Migranten und Ausländer bei einem Bevölkerungsanteil von nur 19 Prozent bereits 35 Prozent der in Deutschland geborenen Babys. Wenn diese Kinder geschlechtsreif werden und ihren überdurchschnittlichen Geburtenanteil von 2005 halten, dann werden schon 2025 von 100 Neugeborenen 65 Migranten und Ausländer sein. Niemand wird diesen Nachwuchs bei seinem Weg durch Kindergärten und Schulen in eine Minderheitenposition drängen können."

Lange wird es nicht mehr dauern, bis die Abstammungsdeutschen zur Minderheit im eigenen Land geworden sind. Laut dem Statistischen Bundesamt stieg die Geburtenzahl im Jahr 2016 auf 792.131 und damit im Vorjahresvergleich um sieben Prozent. Demnach haben Frauen mit deutscher Staatsangehörigkeit im Schnitt drei Prozent mehr Kinder bekommen, Frauen anderer Nationalitäten aber 25 Prozent mehr.

In absoluten Zahlen wurden 184.660 Kinder mit ausländischen Wurzeln geboren, darunter 21.800 Kinder türkischer und 18.500 syrischer Mütter. Es versteht sich von selbst, daß unter den rund 607.500 Kindern von Müttern deutscher Staatsangehörigkeit wiederum auch viele einen Migrationshintergrund haben. Insgesamt lag die Geburtenrate 2016 bei 1,59 Kindern je Frau. Bei Frauen mit deutschem Paß waren es 1,46, bei ausländischen Frauen jedoch 2,28 Kinder pro Frau.

Im ganzen Land stellten Nicht-Deutsche schon 2015 - also vor der Ankunft der quasi neuen Flüchtlinge - an allgemeinbildenden Schulen 33 Prozent. Da der Osten und ländliche Gebiete im Westen bei diesem Querschnitt mitgerechnet werden, darf man sich nicht wundern, wenn die Situation in den westdeutschen Metropolen bereits gekippt ist:

In Stuttgart hatten in der Altersgruppe der unter 18-Jährigen schon 2011 laut Zensus 50,6 Prozent einen Migrationshintergrund, in Nürnberg 50 und in München 46,8 Prozent. Nach der Grenzöffnung durch die Kanzlerin im September 2015 galoppiert die Verdrängung:

Seit Juni 2017 ist es amtlich, daß in Frankfurt die Deutschen nicht nur unter Jugendlichen (wie laut Zensus 2011), sondern jetzt auch in der Gesamtbevölkerung zu einer Minderheit geworden sind - ihr Anteil liegt nur noch bei 48,8 Prozent.

Kalifat NRW

Optisch sichtbar wurde dieser Bevölkerungsaustausch Mitte Juli 2017 in der Bild-Zeitung unter der zynischen Überschrift "Deutsche Erfolgsgeschichte" - ein Foto des Abiturjahrgangs der Theodor-König-Gesamtschule in Duisburg-Beeck (NRW). Von 25 Mädchen tragen 13 Kopftuch und bodenlange Kaftane. Von den übrigen Teenagern, männlich wie weiblich, dürfen gerade einmal zwei bis drei Deutsche sein. Nur eine Blondine ist zu sehen.

In Duisburg sind die Mehrheitsverhältnisse schon gekippt: An 26 der 76 Grundschulen in der Industriemetropole liegt der Schüleranteil mit ausländischen Wurzeln bei über 75 Prozent, bei 13 von ihnen sogar bei 90 bis 100 Prozent. Das geht aus einer Antwort der nordrhein-westfälischen Landesregierung auf eine Anfrage der AfD-Landtagsfraktion hervor. In 932 der 2.750 öffentlichen Grundschulen an Rhein und Ruhr liegt der Anteil von Schülern mit ausländischer Herkunft bei mindestens 25 Prozent. An drei Vierteln dieser Brennpunktschulen haben sogar 50 bis 75 Prozent der Kinder einen Migrationshintergrund.

Umvolkung im Kindergarten

Anteil der bis zu 6-jährigen Kinder mit Migrationshintergrund (ohne Flüchtlinge) in Prozent (Stand 2017).

Offenbach	> 80,00*
Frankfurt/Main	75,61
Augsburg	61,54
München	58,44
Bremen	57,58
Duisburg	57,14
Stuttgart	56,67
Darmstadt	52,76

* lt. Welt Online, 14.02.2017

Quelle: Statistische Ämter Bund/Länder

Grafik: COMPACT

Die AfD-Fraktion im NRW-Landtag schlägt deswegen Alarm. Ihr schulpolitischer Sprecher Helmut Seifen warnt: "An vielen Grundschulen in Nordrhein-Westfalen ist der Anteil deutscher Kinder in einer Klasse auf weniger als ein Viertel zurückgegangen." Dort sei ein "sich eklatant ausbreitender Bildungsnotstand" zu beklagen. PISA-Studien hätten ergeben, daß der Lernerfolg aller Schüler einer Klasse dramatisch abnehme, wenn der Einwandereranteil 20 Prozent übersteige. Der ehemalige Gymnasialdirektor fordert verbindliche Grundstandards: "Kinder werden nur in die Schule aufgenommen, wenn sie die Landessprache soweit beherrschen, daß sie ohne weiteres in der Lage sind, dem Unterricht folgen zu können."

Ein geregelter Unterricht ist kaum möglich, wenn kein einheitliches Sprachniveau besteht.

Nicht besser sieht die Lage in Hamburg aus: Im Schuljahr 2016/17 lag der Anteil von Schülern mit Migrationshintergrund an Grundschulen, Stadtteilschulen und Gymnasien bei über 45 Prozent. Das ergab eine Anfrage des AfD-Fraktionschefs in der Hamburgischen Bürgerschaft, Alexander Wolf. An 65 der etwas mehr als 400 Schulen machen Kinder mit ausländischen Wurzeln 70 Prozent aller Schüler aus, an 21 betrug ihr Anteil über 80 Prozent, an einer sogar über 90 Prozent.

Während die Quote fremdstämmiger Schüler an den Hamburger Gymnasien 37,3 Prozent beträgt, stellen diese an staatlichen Grundschulen mit 49,3 Prozent fast die Hälfte. AfD-Politiker Wolf beklagt: "Die Zahlen zeigen, wie rasant und dramatisch sich die Zusammensetzung unserer Stadtgesellschaft verändert. Wie kann an Schulen mit mehr als 70, 80 oder 90 Prozent Migrant Integration noch gelingen, und wer integriert hier wen?"

Archaische Stammeskämpfe

Auch an 158 von 359 Berliner Grundschulen beträgt der Schüleranteil mit ausländischen Wurzeln mehr als 50 Prozent. 27 Grundschulen haben einen Migrantanteil von 90 Prozent

und mehr. An weiteren 39 Grundschulen liegt ihr Anteil zwischen 75 und 90 Prozent. Das erfragte der Berliner AfD-Abgeordnete Herbert Mohr bei der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie. "An den betroffenen Schulen kann das Merkel-Motto "Wir schaffen das" nur noch als Hohn empfunden werden. Diese Aufgabe ist nämlich nicht zu schaffen", sagt Mohr. Ein geregelter Unterricht sei kaum noch möglich, wenn Lehrer ihre Schützlinge überhaupt erst auf ein einheitliches Sprachniveau bringen müßten.

Beispiele aus der Praxis liefert das aktuelle Buch *Lehrer am Limit* von Ingrid Freimuth, die seit 1976 insgesamt 40 Jahre an Schulen im Rhein-Main-Gebiet unterrichtete. Besondere Schwierigkeiten bereiteten ihr junge Orientalen mit ihren im "Machotum verkapselten Persönlichkeiten". Die Verkapselung habe einen kulturell-politischen Hintergrund: Diese Kinder und ihre Familien kommen aus archaischen Gesellschaften, in denen es keinerlei Rechtsstaatlichkeit gibt.

Der Einzelne kann nur überleben, wenn er Stärke zeigt und potentielle Rivalen und Gegner unterwirft. So entsteht eine pyramidale Machtstruktur mit Alpha-Typen an der Spitze. Wenn die so Sozialisierten dann auf Lehrer treffen, die ihnen als Schwächlinge erscheinen, die keine Autorität ausstrahlen, geschweige denn durchsetzen können, wissen sie:

Hier herrscht, wie in ihrer Heimat, ein Machtvakuum. Schützen können sie sich nur, wenn sie die ihnen bekannte archaische Ordnungsstruktur aufbauen und sich darin eine möglichst starke Stellung sichern. Also sind sie pausenlos mit Statuskämpfen beschäftigt. Freimuth faßt zusammen:

"Diese Schüler gehören zur Spezies der Machos, dessen rigides Ego für ihn selbst das schlimmste Lernhindernis ist. Seine beträchtliche Energie richtet sich nach außen in dem Bestreben, "Respekt" zu erheischen für seine Vorstellung der eigenen unantastbaren Ehre ... Wer anderen Vorschriften macht, ist ihr Chef. Also strengt sich der Macho fast ausschließlich dafür an, Vorschriften zu machen - und zwar so sehr, daß ihm keine Energie mehr zum Lernen bleibt."

Bei der Rudelbildung spielt übersteigerter Nationalismus eine große Rolle - während den deutschen Schülern ständig nationaler Masochismus gepredigt wird: "Die türkischen Schüler trugen die türkische Fahne als Abzeichen auf Jacken. Sie malten immerzu die türkische Fahne auf alles, was sich nicht bewegt. Sie riefen und schrieben bei allen Gelegenheiten: "Ich bin stolz, Türke zu sein." Sie saßen kampfbereit in schwarzen Lederjacken in der Klasse und hielten sehr oft alle Hellhaarigen in Schach - das waren hauptsächlich Deutsche und Kriegsflüchtlinge aus dem ehemaligen Jugoslawien."

Flucht auf Privatschulen

Wie der Unterricht zum Spießrutenlauf für unsere Kinder verkommt, dokumentierte Der Tagesspiegel im März 2018 anhand eines Hilferufs eines Berliner Schülers: "Ich gehe in die siebte Klasse auf ein Gymnasium in Schöneberg. Dort werde ich ausgegrenzt, weil ich Deutscher bin und Schweinefleisch esse. Es wird auf Türkisch und Arabisch über mich gelästert. Auf Deutsch werde ich als Hurensohn oder gefickte Hure beschimpft. Außerdem werde ich ab und zu geschlagen und getreten. Wenn ich anderen Jungen zu nahe komme, beschimpfen sie mich als schwul und treten mich. Mädchen werden in meiner Klasse als Schlampe bezeichnet, wenn sie schulterfreie Shirts tragen. Ich versuche seit vielen Monaten, die Schule zu wechseln, finde aber keinen freien Schulplatz."

Finanziell bessergestellte Deutsche - darunter bezeichnenderweise auch viele linksliberale Gutmenschentypen - schicken ihre Kinder deshalb lieber auf Privatschulen mit geringeren Migrantenproblemen. Einer Studie im Auftrag der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung zufolge besuchten im Schuljahr 2015/16 743.534 Schüler in Deutschland eine von rund 3.600 all-gemeinbildenden privaten Schulen. Das entspricht etwa neun Prozent aller Schüler und einer Verdopplung des Anteils seit 1992.

Die Verfasser resümieren: "Erscheinen öffentliche Schulen ... überfordert, könnte sich der

Trend zu privaten Schulen, könnten sich Segregationstendenzen verstärken." Die Vorboten des Staatszerfalls in den Klassenzimmern sind unübersehbar.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtete im Juli 2018 im COMPACT-Spezial Nr. 18 (x322/33-35): >>Erdogans Fünfte Kolonne

– von Daniell Pföhringer

Berlin, Sonntag, 24. Juni 2018: Auf dem Kursfürstendamm vor der Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche in Berlin feiern in der Dämmerung hunderte Türken ausgelassen den Wahlsieg ihres Präsidenten Recep Tayyip Erdogan. Ganze Wagenkolonnen fahren durch die Straßen, es gibt ohrenbetäubende Hupkonzerte, man hört lauten Jubel und sieht ein Meer roter Halbmond-Fahnen. Szenen wie diese spielen sich an jenem Abend nicht nur in Berlin ab. Auch im Ruhrgebiet, in München, auf der Frankfurter Zeil oder in der Leipziger Eisenbahnstraße gibt es die große Osmanen-Sause. Viel mehr als sonst wird sichtbar, daß ganze Viertel deutscher Großstädte bereits zu Klein-Istanbul geworden sind.

Erdogan hatte sich am selben Tag bei der Präsidentenwahl mit rund 53 Prozent der Stimmen schon im ersten Wahlgang souverän gegen seine Mitbewerber durchgesetzt, seine AKP wird bei der zeitgleich stattfindenden Parlamentswahl mit gut 43 Prozent stärkste Partei. Der Jubel auf deutschen Straßen für den faktischen Alleinherrscher am Bosphorus kommt nicht von ungefähr: 67,5 Prozent der Türken in Deutschland - zwei Drittel - hatten ihm ihre Stimme gegeben, in der Hochburg Essen sogar 76,3 Prozent. In der Bundesrepublik lebt knapp die Hälfte aller wahlberechtigten Auslandstürken. Von diesen 1,4 Millionen ging jeder zweite zur Urne. Am Wahlsieg des Sultans von Ankara hatten sie einen großen Anteil.

Am Bosphorus rechts, im Ruhrgebiet links

Auch wenn es zunächst einmal verrückt klingt: Die gleichen Türken, die mehrheitlich den Autokraten Erdogan und seine islamisch-konservative AKP wählen, votieren, sofern sie auch die deutsche Staatsbürgerschaft besitzen, bei Bundestagswahlen regelmäßig zu 90 Prozent für linke Parteien.

Ein politischer Widerspruch, der für den Ex-Chefredakteur der Zeitung Cumhuriyet, Can Dündar, jedoch einfach zu erklären ist: "Die meisten sind nicht fanatisch, vielmehr verhalten sie sich migrationsbedingt pragmatisch rational. In der Türkei wählen sie überwiegend den rechten Politiker, der ihnen Selbstvertrauen gibt, in Deutschland Sozialdemokraten und Grüne, die sich für ihre Rechte einsetzen."

Tatsächlich ist es vor allem die SPD, die den sogenannten Deutsch-Türken schon seit vielen Jahren jeden Wunsch förmlich von den Lippen abliest und sich deren Zustimmung mit zahlreichen Wohltaten erkaufte hat. Den Grundstein für die Anatalisierung Deutschlands hat - mit dem Gastarbeiterabkommen - jedoch die CDU im Verein mit den Industrie-Bossen gelegt.

Als die Bundesrepublik in den 1950er Jahren die ersten Arbeitskräfte aus dem Ausland anwarb, florierte die westdeutsche Wirtschaft, und es herrschte nahezu Vollbeschäftigung. Ganz anders in der Türkei: Dort brachten weder Programme zur Stärkung der Landwirtschaft noch Fünfjahrespläne zum Aufbau der Industrie nennenswerte ökonomische Fortschritte. Angesichts des starken Wachstums und der Verknappung des Arbeitskräfteangebots im Inland fürchteten die großen Wirtschaftsverbände der Bonner Republik Lohnsteigerungen, andererseits schien ein weiterer Sprung nach vorn nur durch eine Ausweitung der Automatisierung und damit hohen Investitionen möglich zu sein - oder durch die wesentlich billigere Variante der Ausdehnung der Produktion mittels zusätzlicher Arbeitskräfte.

Man entschied sich für Letzteres. 1955 schloß die Bundesrepublik zunächst ein Gastarbeiterabkommen mit Italien ab, 1960 dann mit Spanien und Griechenland. Ein Jahr später folgte die Unterzeichnung des deutsch-türkischen Anwerbeabkommens durch den christdemokratischen Außenminister Heinrich von Brentano. Das hatte nicht nur innenpolitische Gründe. Die türkischstämmige Soziologin Necla Kelek schreibt dazu in ihrem Sammelband Chaos der Kulturen: "Eigentlich brauchte man in Deutschland die türkischen Arbeiterinnen und Arbeiter

so dringend nicht. Aber es gab geopolitische Gründe. Die Vereinigten Staaten drängten die Deutschen, die Türkei wirtschaftlich zu stützen."

USA und NATO machten Druck

Zuvor hatte das türkische Militär erfolgreich gegen Ministerpräsident Adnan Menderes geputscht, der den Laizismus zu Gunsten eines islamischen Staatssystems beseitigen wollte. Die NATO-treuen Generäle forderten für ihre Unterstützung der Eindämmungspolitik des Westens gegenüber Moskau und vor allem Fidel Castro auf Kuba eine Teilhabe am wirtschaftlichen Aufschwung Europas.

Ein Hebel war hierbei das Anwerbeabkommen mit Deutschland, ein anderer das Ankara-Abkommen von 1963, das den Türken den Weg in die Zollunion und später zur Assoziierung mit der Europäischen Gemeinschaft (EG) ebnen sollte. Gleichzeitig sorgte das Gastarbeiterabkommen mit Deutschland für eine Entlastung des Arbeitsmarktes der von Wirtschaftsmisere, Landflucht und Bevölkerungswachstum geplagten Türkei.

Zwar gab es zunächst Widerstand vom Arbeitsministerium unter Theodor Blank (CDU) und den Gewerkschaften gegen den Zuzug weiterer Gastarbeiter, zumal aus einem ganz anderen Kulturkreis, doch wurden diese Einwände von Brentano beiseite gewischt. Dies geschah nicht zuletzt auch deshalb, weil die Bundesrepublik massiv von den USA unter Druck gesetzt wurde. Immerhin konnte das Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung zunächst erreichen, daß die Arbeitsverträge für türkische Gastarbeiter auf zwei Jahre begrenzt wurden. Man setzte auf das Rotationsprinzip:

Nach Ablauf der Zeit sollte ein Arbeiter aus der Türkei durch einen anderen ersetzt werden. Auch sonst gab es - im Unterschied zu den Abkommen mit europäischen Ländern - spezielle Besonderheiten: Die Anwerbung war ausschließlich für Unverheiratete vorgesehen und ein Familiennachzug wurde explizit ausgeschlossen. Ende der 1960er Jahre - mittlerweile gab es weitere Abkommen mit Marokko, Portugal, Tunesien und Jugoslawien - wurden allerdings diese Hürden für eine dauerhafte Zuwanderung auf Druck der Arbeitgeber beseitigt.

Die Folge war ein rasanter Anstieg der türkischen Bevölkerung in Westdeutschland. Lebten im Jahr 1960 nur etwa 3.000 Türken in der Bundesrepublik, stieg deren Zahl 1961 auf knapp 7.000 und bis 1971 auf 652.000. Bis 1973 wurde der türkische Arbeitsmarkt um 857.000 Erwerbssuchende entlastet, die Gesamtzahl der Türken hatte sich hierzulande auf 910.000 erhöht. Von der Arbeitsmigration profitierten auch die Angehörigen in der Heimat.

Necla Kelek hierzu: "Die Gastarbeiter, die in der Türkei bald Almancis, Deutschländer, genannt wurden, schickten monatlich einen Teil ihres Lohns aus dem kalten Norden nach Hause. Das war für Anatolien und jede Familie ökonomisch ein Segen. Geschätzt lebten um 1970 bis zu zehn Prozent der dreißig Millionen Menschen in der Türkei teilweise oder ganz von Überweisungen aus Deutschland - die Geburtenrate lag damals in der Westtürkei bei etwa 4,7 Kindern pro Frau und im Osten des Landes bei 7,4 Kindern. Vom damals in Deutschland ersparten Lohn - er war im Durchschnitt viermal so hoch wie in der Türkei - und dem Kindergeld konnte eine ganze Familie leben. ...

Ende der 1970er Jahre betrug die Zahl der in der Bundesrepublik lebenden Türken und 1,2 Millionen. 1981 über 1,5 Millionen. Nach der Wiedervereinigung setzte sich diese Tendenz fort. Im Jahr 1993, also zwanzig Jahre nach dem Anwerbestopp, lebten - trotz der von der Regierung Kohl in den Achtzigern zögerlich in Gang gesetzten Rückkehrförderung - schon 1,8 Millionen Türken in Deutschland, im Jahr 2001 rund zwei Millionen. Derzeit leben in Deutschland etwa 1,5 Millionen Türken, mit den Eingebürgerten sind es rund drei Millionen. ...<<

Herbert Ludwig berichtete am 24. November 2018 in seinem Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" über die UNO (x974/...): >>**Weltmacht UNO: antidemokratische Rechtssetzung von oben**

Die UNO schwingt sich immer mehr zur globalen Rechtssetzungsinstantz auf. Mittels Erklä-

rungen und "unverbindlicher" Soft Law-Pakts werden individuelle Menschenrechte behauptet, welche sich schleichend als Völkergewohnheitsrecht etablieren. Dieses verdrängt dann das demokratische Recht der einzelnen Staaten insoweit, als es diesem "Völkerrecht" nicht entspricht. Mit dem Migrationspakt der UNO wird dies gerade wieder beispielhaft praktiziert. Das Selbstbestimmungsrecht der Völker, also letztlich das der einzelnen Menschen, wird damit insoweit als Grundlage demokratischer Gesellschaften zunehmend zugunsten einer sich den Staaten überordnenden UNO-Weltinstanz verdrängt.

Das demokratische Recht

In der Demokratie, die dem Anspruch nach auf der Selbstbestimmung des Menschen beruht, entsteht das Recht aus dem Gerechtigkeitsgefühl der freien Menschen, die im wirtschaftlichen und kulturellen Leben Rechte und Pflichten in Verträgen und in Gemeinschafts-Satzungen vereinbaren, sowie im staatlichen Leben durch ihre Abgeordneten allgemeine öffentlich- und zivilrechtliche Gesetze beschließen. Das Recht geht von unten, von den einzelnen Menschen und in ihrer Gesamtheit vom "sich selbst bestimmenden" Volk aus und bindet Exekutive und Judikative. Das Recht ist demokratisch legitimiert, wenn es sich in dieser Weise von unten nach "oben" aufbaut.

Von der UNO wurde aber schon früh eine zunehmende Praxis eingeleitet, individuelle Rechte des Menschen über das Völkerrecht gleichsam von oben zu initiieren, die für die Völker und Menschen verbindlich sind, auch wenn sie von ihnen selbst in ihren Parlamenten nicht beschlossen wurden. Die Art und Weise, in der das Völkerrecht hier instrumentiert wird, müssen wir uns genauer anschauen, um die Vorgänge in der Politik zu durchschauen.

Ursprünglich sind im Völkerrecht die Rechtssubjekte nicht die individuellen Menschen, sondern die einzelnen Staaten, deren Regierungen miteinander völkerrechtliche Verträge abschließen. So schreibt der Völkerrechtler Ulrich Vosgerau: *"Herkömmlicherweise sind eigentlich Staaten die Rechtssubjekte und Akteure des Völkerrechts; sie bringen ihre Interessen in völkerrechtlichen Verträgen möglichst zum Ausgleich, und die Individualperson ist im Völkerrecht eigentlich "mediatisiert", d.h. sie wird mit ihren Rechten und Interessen von ihrem Staat vertreten, ist aber im allgemeinen nicht selbst Völkerrechtssubjekt."*

Diese völkerrechtlichen Verträge müssen von den nationalen Volksvertretern, den Parlamenten, gebilligt werden, damit das demokratische Legitimationsprinzip von unten nach oben gewahrt bleibt. Verbindlich sind diese vertraglichen Vereinbarungen nur für die Vertragsparteien.

Nun hat die UNO als internationale Organisation, der fast alle Staaten der Welt angehören, die Möglichkeit, die Regierungsvertreter aller Mitgliedstaaten zu versammeln und ihnen zur Verbesserung des allgemeinen Rechtsstandards individuelle Rechte für die Menschen ihrer Völker vorzuschlagen, die dann durch Beschluß oder Erklärung der Generalversammlung allen Staaten zur Übernahme empfohlen werden. Verbindlichkeit erlangen sie nur, wenn und insoweit sie durch die Parlamente einzelner, vieler oder aller Staaten in das jeweilige nationale Recht eingegliedert werden. So weit so gut.

Das Völkergewohnheitsrecht

Die UNO benutzt aber auch das Instrument des aus dem angloamerikanischen Recht stammenden "Soft Law" (weiches Recht), um in von ihr initiierten Übereinkünften (compacts), die ausdrücklich keine völkerrechtliche Verbindlichkeit haben, individuelle Rechtsstandards als Ziele vorzugeben, deren Umsetzung den Staaten, die sich daran beteiligen, weitgehend überlassen bleibt. Dabei wird aber genauer betrachtet die Umsetzung der Ziele als politische Verpflichtung verbindlich vereinbart, während der Modus der Umsetzung unverbindlich sein soll. So üben solche Pakte einen großen Druck aus, auch auf Staaten, die sich daran nicht beteiligen. Denn je mehr Staaten diese Standards über längere Zeit praktizieren, desto sicherer werden sie von Gerichten allmählich als Völkergewohnheitsrechte gewertet, die für alle Staaten, auch für die Nichtunterzeichner gelten.

Eine solche völkergewohnheitsrechtliche Wirkung haben sogar einseitige Erklärungen der UNO-Generalversammlung, auch wenn sie nicht in einen Soft Law-Pakt eingeflossen sind. Das eindrucklichste Beispiel ist die UN-Menschenrechtsdeklaration. Sie war *"ursprünglich eine rein politisch zu verstehende Absichtserklärung der UN-Generalversammlung ohne jede rechtlich bindende Wirkung."* Doch *"sie erstarkte schon in den ersten Jahrzehnten seit ihrer Verkündung (1948) zu Völkergewohnheitsrecht, und jedenfalls wesentliche Kerngehalte der UN-Menschenrechtsdeklaration - welche genau, ist wie immer umstritten - dürfen heute sogar als ius cogens (zwingendes Recht) angesehen werden."* Das betrifft auch zahlreiche weitere Menschenrechtspakte.

Viele Staaten haben wesentliche dieser Menschenrechte in ihre Verfassungen übernommen, wenn, wie in der Bundesrepublik, solche Grundrechte nicht schon vorher darin enthalten waren. Aber gewohnheitsrechtlich gelten sie in der geschilderten Weise auch für alle anderen Staaten.

Der UN-Migrationspakt

Auch die *"New Yorker Erklärung für Flüchtlinge und Migranten"* der UNO-Generalversammlung vom 19.9.2016, die viele Verpflichtungen enthält, die zur Umsetzung in den UN-Migrationspakt geflossen sind, wird, wie letzterer auch, diese völkergewohnheitsrechtlichen Wirkungen entfalten. Der UN-Migrationspakt stellt sich auch ausdrücklich in den Zusammenhang der Menschenrechtserklärung der UNO, wie um indirekt klar zu machen, daß es um ein neues individuelles Menschenrecht für ungehinderte Migration gehe.

"Schon eine Durchsicht des durchweg höchst komplizierten, oft sprachlich uneindeutig formulierten völkerrechtlichen Instruments ergibt, ... daß der herkömmlicherweise wichtigste und zentralste Aspekt des internationalen Migrationsrechts eigentlich fehlt: nämlich das Recht eines jeden souveränen Staates auf Entscheidung über Ob und Wie eventueller Zuwanderung und auf je eigene Gestaltung des nationalen Zuwanderungs- und Asylregimes.

Unter Umkehrung der traditionellen völkerrechtlichen Betrachtungsweise, nach der gleichberechtigte und souveräne Staaten die wesentlichen Akteure und v.a. auch die Rechtssubjekte des Völkerrechts sind, werden die Rechte der Migranten auf weltweite Wanderung und diskriminierungsfreie Niederlassung in den Vordergrund gestellt; diese sollen die Staaten sicherstellen, was wiederum von Stellen der Vereinten Nationen laufend überwacht werden soll."

"An diesem Programm fällt bereits auf, daß hier mit wesentlichen, bislang prägenden Grundsätzen des Völkerrechts wie auch des nationalen Asyl-, Einwanderungs- und Ausländerrechts gebrochen wird; die UN will im Hinblick auf das Migrationsrecht offenbar ein neues Kapitel der Völkerrechtsgeschichte aufschlagen. ...

Bereits in der New York Declaration (vom 19.9.2016), um so mehr aber im GCM (Global Compact for Migration), erscheinen - ganz in der Konsequenz dieses Ansatzes - eher die Individualmensen, also hier die Migranten, als die eigentlichen Rechtssubjekte mit unmittelbaren Rechten gegenüber der Weltgemeinschaft (d.h. in der Sache wohl eher: gegenüber den entwickelten, industrialisierten Ländern, in die sie gerne einwandern würden!), die Staaten hingegen werden offenbar tendenziell zu lokalen oder regionalen Versorgungsagenturen am Rand des großen Trecks, die manchmal allerdings etwas pflichtvergessen sind."

Im herkömmlichen Völkerrecht, in dem nicht die einzelnen Menschen, sondern die Staaten die Rechtssubjekte sind, sind sie es auch, die über die Einwanderung von einzelnen Migranten, erst recht von größeren Massen, in ihr Hoheitsgebiet entscheiden. Daher, schreibt Dr. U. Vosgerau, *"ist das Ausländer-, Einwanderungs- und Migrationsrecht - auch in ausgesprochenen Einwanderungsländern - immer ein Unterfall des Polizei- und Ordnungsrechts. Der Einwanderungswunsch fremder Menschen zumal aus anderen Kulturkreisen ist immer und zunächst einmal eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit. Nur durch die sorgfältige Auswahl der geeignetsten Migranten unter konsequenter Zurückweisung zahlreicher ungeeigneter*

Kandidaten kann diese Gefahr einigermaßen beherrscht und minimiert werden.

Demgegenüber dreht bereits die New York Declaration - und um so mehr dann der GCM - diese rechtlich-politische Ausgangslage um und geht von einer Art Grundrecht aller Menschen auf weltweite Migration mit allgemeiner Niederlassungsfreiheit aus ("jederzeit und ohne Rücksicht auf ihren Migrationsstatus (d.h. ihren jeweiligen Rechtsstatus)" - "retten, aufnehmen, beherbergen").

Konsequenterweise kommt dann das Konzept der "illegalen Einwanderung" im GCM gar nicht mehr vor (!), es gibt nur noch den "irregulären Zustand" mancher Migranten, dieser wird aber eher als ein Versagen der Aufenthaltsstaaten angesehen, die den Migranten nicht legalisiert haben und dadurch seine Rechte (v.a. auf diskriminierungsfreien Aufenthalt) schmälern."

Das grundlegende demokratische Problem

Wir sehen eine schon sehr weit fortgeschrittene Praxis, durch welche die Staaten, die Schutz- und Sicherheitsorganisationen der Völker, als Rechtssubjekte des Völkerrechts verdrängt werden und an ihre Stelle über alle Grenzen hinweg der internationale Mensch, der rechtlich überall gleichgestellte "Weltbürger" tritt. Zugleich wird das Selbstbestimmungsrecht der Menschen und Völker auf ihre eigene demokratische Rechtssetzung von unten nach oben sukzessive ausgeschaltet und ein "Weltrecht" von oben etabliert.

"In demokratischen Verfassungsstaaten ... wird Legitimität von unten nach oben aufgebaut. Ein Gesetz ist legitim, wenn es, hauptsächlich kraft des verfassungsmäßig vorgesehenen Verfahrens, letztlich als Ausdruck des Selbstbestimmungsrechts eines Volkes angesehen werden kann. Globale Zielvereinbarungen internationaler Organisationen wie eben der GCM stellen dieses Prinzip auf den Kopf. Nach ihrer Konzeption soll eine nationale Migrationspolitik dann legitim sein, wenn sie den übergeordneten, äußerst migrationsfreundlichen Zielsetzungen des GCM entspricht. D.h., dem GCM liegt eher der Gedanke einer allmählichen rechtspolitischen Erziehung der Völker zugrunde, nicht aber deren jederzeitige demokratische Selbstbestimmung."

Hier geschieht etwas Tiefgreifendes, wie U. Vosgerau aufmerksam macht. Das völkerrechtliche Soft Law wird einerseits als harmlos, weil unverbindlich dargestellt, erlangt aber andererseits, auch unter tatkräftiger Mithilfe von NGOs, Aktivisten, Medien und "Zivilgesellschaft" als verbindlicher Standard allmählich gewohnheitsrechtliche Wirkung, an dem die nationale Rechtspraxis zu messen ist. Dies werde schleichend das Rechtsgefühl und das Legitimitätsbewußtsein der Menschen verändern.

Doch nicht nur der Legitimationsgedanke werde sich verändern, sondern auch das Verständnis von der Struktur des Rechts. *"Das Recht internationaler Organisationen - dies sieht man etwa auch im Europarecht - ist zumeist "politisches Recht". D.h., es soll nicht primär die in einer Gesellschaft ohnehin vorfindlichen Rechts - und Gerechtigkeitsvorstellungen zusammenfassen, auf den Punkt bringen und von Widersprüchen reinigen, sondern es soll ein bestimmtes Rechtsgefühl überhaupt erst erzeugen.*

Entsprechend geht der GCM als Rechtstext nicht von Tatbeständen und Rechtsfolgen, sondern von zu erreichenden Zielen aus, die übrigens vielfach einen durchaus utopischen Charakter haben. Damit ähnelt er strukturell dem Planungsrecht. Wo solche zielorientierten Normtexte mit teils utopischem Charakter sich mehr und mehr als 'internationaler Standard', als 'mensenrechtliche Vorgabe der Vereinten Nationen, an denen die nationale Rechtspraxis zu messen ist', durchsetzen (wobei es, wie bereits erwähnt, weniger auf das Handeln der Regierung und staatlicher Stellen ankommt, sondern eher auf die Kommunikation in den Massenmedien), dort verändert sich das Rechtsbewußtsein der Bevölkerung.

In legitimatorischer Hinsicht gilt dann statt des Satzes:

'Demokratisch legitimiert ist, was aus freien Wahlen hervorgegangene Parlamente beschließen haben, im einen Land ist es so, im nächsten ganz anders, und Wahlen können die bisher

praktizierte Politik schnell ändern' nunmehr:

'Legitimiert ist, was in Übereinstimmung mit den internationalen Vorgaben steht; diese gelten auf der ganzen Welt in gleicher Weise.

Auch die Struktur des Rechts wird unter dem Eindruck internationaler, zielorientierter Regelungswerke immer weniger verstanden. Im Rechts- und Verfassungsstaat gilt eben, und dazu benötigt man keinen GCM:

'Recht ist, wenn an festgeschriebene Sachverhalte klare Rechtsfolgen geknüpft werden. Alle Staatsgewalten sind an das geschriebene Recht gebunden'.

Tendenziell wird daraus:

'Recht ist, wenn das staatliche Handeln den im GCM vorgeschriebenen Zielen dient'.

Ohne also zunächst überhaupt formalrechtlich verbindlich zu sein, trägt der GCM zum Abbau und zur Schwächung des demokratischen und rechtsstaatlichen Bewußtseins der Bevölkerung bei. Er schwächt und verunklart den demokratischen Selbstbestimmungsgedanken."

Ausblick

Das bedeutet, mit dieser unterschweligen Veränderung des Bewußtseins geht einher, daß keine Verteidigung der Selbstbestimmung, der Freiheit, mehr stattfindet. Das Widerstandspotential bei den Menschen schwindet. Sie werden zu folgsamen Sklaven, wenn nicht gar zu fanatischen Verfechtern eines Weltrechts von oben, ohne daß es ihnen selbst zum Bewußtsein kommt. Dieser Prozeß hat ja bereits weite Teile der Bevölkerung erfaßt.

Die UNO zeigt sich immer deutlicher in der Entwicklung zu einer Weltregierung, die zugleich Weltgesetzgeber ist. Wir stehen inmitten eines Prozesses zu einer totalitären Weltordnung mit einem Völkerrecht als "Weltverfassung", in der alle Menschen als "Weltbürger" überall die gleichen Rechte erhalten und die zahlreichen unterschiedlichen Nationalstaaten allmählich überflüssig werden. ...<<

Horst Koch berichtete am 2. Dezember 2018 in seinem Internet-Blog "[\(x955/...\)](http://www.horst-koch.de)": >>**Befehl der Vatikan die Migrantenflutung und damit die Islamisierung Europas? - Papst Franziskus und sein 21-Punkte-Plan?**

Während alle die Verantwortung für den globalen UN-Migrationspakt sowie den UN-Flüchtlingspakt bei den Vereinten Nationen suchen und nun kürzlich ans Tageslicht kam, daß Deutschland maßgeblich als Initiator bei der Ausarbeitung des Migrationspakts gewesen ist, flog bei dieser ganzen Geschichte die mit machtvollste Institution auf Erden eher unter dem Radar. Die Rede ist hier vom Vatikan und seinem Oberhaupt, dem Jesuiten Papst Franziskus. Zuerst einmal zu den weiteren Hintergründen der beiden UN-Pakte.

Anläßlich des "104. Welttags des Migranten und Flüchtlings 2018" veröffentlichte Papst Franziskus am 14. Januar 2018 einen öffentlichen Brief nicht nur an die Glaubens-, sondern an die ganze Weltgemeinschaft. Dieser Brief trägt die Überschrift "Die Migranten und Flüchtlinge aufnehmen, beschützen, fördern und integrieren", der es echt in sich hat!

Mit Bibelversen geschmückt, Jesus Christus als Beispiel voran und an unser menschliches Mitgefühl appellierend, stellte der Papst - höflich, sachlich, aber dennoch zielgerichtet und bestimmend - eine ganze Reihe an Erwartungen an die "politische Gemeinschaft" und die "zivile Gemeinschaft", dessen Beiträge an der Umsetzung der gewünschten Maßnahmen "unverzichtbar" seien.

Die 21 Maßnahmen aus dem päpstlichen Dokument wie folgt:

1. Schaffung von Möglichkeiten für eine sichere und legale Einreise in den Zielländern: vor allem durch die 'Gewährung humanitärer Visa', Schaffung von 'erweiterten und vereinfachten Modi' und die Förderung von Familienzusammenführung.
2. Schaffung von mehr 'humanitären Korridoren für die am stärksten gefährdeten Flüchtlinge', damit diese keine illegalen Wege suchen müßten.
3. Erstellen eines Systems von 'speziellen temporären Visa' für diejenigen, die vor Konflikten in Nachbarländern fliehen.

4. Keine 'kollektive und willkürliche Abschiebung', vor allem nicht in Länder, die 'die Achtung der Würde und die Grundrechte nicht garantieren können'.
 5. Immer die persönliche Sicherheit der nationalen Sicherheit vorziehen, die Grenzposten vernünftig ausbilden, damit der erste Empfang der Flüchtlinge 'angemessen und würdig' verläuft.
 6. Alternativen zur Haft für diejenigen finden, die illegal ins Land gekommen sind.
 7. Im Ursprungsland Lösungen finden, die eine legale Auswanderung zulassen, und so gegen Schlepper vorgehen.
 8. Im Ankunftsland 'den Migranten konsularische Hilfe anbieten', das Recht der Flüchtlinge achten, ihre Papiere bei sich zu behalten, Zugang zum Rechtswesen schaffen, die Erlaubnis gewähren, Bankkonten zu eröffnen und ein 'Existenzminimum garantieren'.
 9. Im Ankunftsland 'Bewegungsfreiheit und Zugang zu Arbeit sowie Telekommunikationseinrichtungen sichern'.
 10. Für alle, die in ihr Land zurückkehren wollen, 'berufliche und soziale Wiedereingliederungs-Programme schaffen'.
 11. Minderjährige Flüchtlinge schützen, 'jede Form von Haft vermeiden', Zugang zur Bildung sicherstellen.
 12. Jedem geborenen Kind die Staatsbürgerschaft verleihen.
 13. Kampf gegen die 'Staatenlosigkeit' von Migranten und Flüchtlingen durch die Schaffung eines 'Bürgerrechts'.
 14. Unbegrenzter Zugang von Migranten und Flüchtlingen zu den nationalen Gesundheits- und Rentensystemen und 'Übertragung ihrer Beiträge für den Fall ihrer Rückführung'.
 15. Garantie der Berufsfreiheit und Ausübung der Religion für alle im Gebiet anwesenden Ausländer.
 16. Förderung der sozialen und beruflichen Integration von Migranten und Flüchtlingen, einschließlich Asylbewerbern - Sicherstellung der Möglichkeit zur Arbeit, Sprachtraining und aktiver Bürgerschaft.
 17. Verhindern, daß minderjährige Flüchtlinge ausgebeutet werden.
 18. Förderung der Familienzusammenführung - einschließlich Großeltern, Geschwistern und Enkelkindern - 'ohne Rücksicht auf deren wirtschaftliche Kapazitäten'
 19. Mehr Aufmerksamkeit und Unterstützung für Migranten, Flüchtlinge, Asylbewerber mit Behinderungen.
 20. Entwicklungsländern, die Flüchtlinge aufnehmen, stärker helfen.
 21. Integrieren, 'ohne den Migranten ihre kulturelle Identität zu nehmen', ein 'Angebot der aktiven Bürgerschaft' schaffen, 'Wirtschaftskenntnisse von Sprachkenntnissen trennen', und Flüchtlingen, die länger im Land leben, eine Legalisierung ihrer Verhältnisse anbieten."
- Was wir hier also ganz klar und deutlich herauslesen können, ist ein neo-marxistisches Manifest zur grenzenlosen Flutung und Zerstörung Europas mit Migranten, die in die jeweils nationalen Gesundheits- und Rentensysteme gleich von vornherein "unbegrenzt" einwandern dürfen. Das ist mehr als eine schallende Ohrfeige für jeden Einheimischen in Europa, der jahrzehntelang in die Kassen eingezahlt und mit Steuern, Abgaben und behördlichen Drangsalierungen komplett ausgewrungen wurde, um am Ende eine Rente zu erhalten, von der er nicht leben und sterben kann - sofern er den Renteneintritt noch erlebt.
- Wie "unverbindlich" das als Vorschläge getarnte vatikanische Diktat ist, liest man zum Ende des päpstlichen Dokuments, in dem es heißt:
- "Während des Gipfels der Vereinten Nationen, der am 19. September 2016 in New York abgehalten wurde, haben die Verantwortungsträger der Welt klar ihren Willen zum Ausdruck gebracht, sich zu Gunsten der Migranten und der Flüchtlinge zu engagieren, um ihr Leben zu retten und ihre Rechte zu schützen, wobei diese Verantwortung auf weltweiter Ebene geteilt werden soll. Zu diesem Zweck haben sich die Staaten dazu verpflichtet, bis Ende 2018 zwei Global Compacts zu verfassen und zu billigen, einer, der sich den Flüchtlingen widmet und

der andere den Migranten."

Jene Länder, die den Migrationspakt nicht annehmen, werden, bis auf die USA als Ausnahme, aber zumindest den UN-Flüchtlingspakt annehmen und umsetzen, der für sich allein schon eine weitere große Flüchtlingswelle gen Europa losstreten wird. Zusammen mit dem UN-Migrationspakt werden wir bereits in den nächsten Monaten und wenigen Jahren Völkerwanderungen biblischen Ausmaßes erleben!

Wenn diese Entwicklung nicht unverzüglich gestoppt und umgekehrt wird, wird Deutschland in ein bis zwei Jahrzehnten mehrheitlich nicht mehr deutsch sein, sondern islamisch. Aus Europa würde dann "Eurabien" werden.

In meinem Buch habe ich aufgezeigt, wie der Vatikan, als reichster Grund- und Immobilienbesitzer auf diesem Planeten, die Menschheit mittels der Geburtsurkunde und der damit verbundenen Schaffung einer juristischen Rechtspersönlichkeit buchstäblich von Geburt bis zum Tode verklavt hat. Wer die Details dazu liest, versteht dann auch die betonende Forderung des Papstes und behördlicher Stellen, alle Migranten zwingend mit gültigen Ausweispapieren ausstatten zu müssen.

Hinter dem Ganzen steht nämlich mehr als die bloße Verhinderung von Identitätsbetrug. In meinem Buch enthülle ich, wie der Jesuitenorden und der "Unheilige Stuhl" die beiden Weltkriege mit inszenierte und das NWO-Projekt "Drittes Reich" als Fortführung des römischen Reichs schuf. Im Buch erfährt man u.a. auch, wie und wofür der Vatikan den Islam erst einst erschaffen hatte. ...<<

Der deutsch-ägyptische Islamwissenschaftler Hamed Abdel-Samad berichtete im Jahre 2018 in seinem Buch "Integration. Ein Protokoll des Scheiterns" (x339/180-184,265-266): >>...

Orient und Okzident

Antithese mit Tradition

Das Morgen- und das Abendland sehen sich bereits seit dem siebten Jahrhundert als Antithese zueinander. Auch wenn es im Laufe der Geschichte gelegentliche Phasen des Friedens und des Kulturtransfers zwischen den beiden Kontrahenten gegeben hat, bestimmten fast immer Konflikte und Haß die Beziehung zueinander.

Die Erfolge der einen Seite waren fast immer zwangsläufig mit Verlusten der anderen verbunden. Im jeweiligen Kollektivgedächtnis werden eher die traumatischen Erfahrungen betont, nicht die Gemeinsamkeiten. Während die einen an Kreuzzüge und Kolonialismus denken, denken die anderen an die Eroberung Konstantinopels, die Türken vor Wien und den 11. September.

Jede Seite wußte die Konturen der eigenen Identität der anderen zu schärfen. Jede Seite hielt oder hält die eigenen Werte für überlegen und allgemeingültig und die anderen für dekadent beziehungsweise barbarisch.

Die Geschichte von Orient und Okzident ist eine Geschichte voller Mythen, voller Asymmetrien, Kränkungen und Mangel an Vertrauen. Die Araber verbrachten Jahrhunderte in Spanien als Kolonialmacht, es kam zu einer kurzen Phase der Zusammenarbeit mit Juden und Christen, aber nie zu einer wirklichen Vermischung oder einer Kultursymbiose, in der alle gleichberechtigt und gemeinsam teilhatten an der Blütezeit. Die westlichen Kolonialherren wiederum verbrachten Jahrhunderte im Orient, die Errungenschaften der Moderne und die Gedanken der Aufklärung im Gepäck, ohne daß auf dieser Basis neue, gemeinsame Werte entstanden wären.

... In der islamischen Welt aber hinterließ der Kolonialismus eine so tiefe narzißtische Wunde, daß sie auch mit der Zeit nicht zu heilen scheint. Denn die faktische Überlegenheit des Westens widerspricht dem islamistischen Gottesplan, der den Sieg des Islam über alle Kulturen verspricht.

Seit Jahrzehnten nun leben Millionen von Muslimen in Europa, sie genießen die Vorzüge der Freiheit und des Wohlstandes, dennoch sind sie und ihre Religion hier immer noch fremd und

exotisch. Viele Europäer empfinden die hier lebenden Muslime als eine Gefahr für die innere Sicherheit. Und viele Muslime blicken mit Skepsis auf die Freiheit und haben Angst, ihre Seele an den Westen zu verlieren.

Diese Distanz ist bemerkenswert, liegen die Kulturräume Arabien und Europa doch geographisch und auch religiös näher beieinander als Asien und Europa. Und doch schaffen es die Asiaten besser und schneller, sich in westlichen Gesellschaften einzugliedern und sich westliche Werte zu eigen zu machen, als Muslime.

Vietnamesen, Thailänder, Japaner, Koreaner und Chinesen sind mit Sicherheit ebenso stolz auf ihre eigene Kultur und versuchen, diese auch in der Fremde zu bewahren. Aber sie sehen ihre Kultur nicht als die bessere Alternative zur westlichen Zivilisation. Sie empfangen genau wie Muslime die Programme der Satellitensender aus der Heimat, doch diese warnen sie nicht vor der Moral des Westens und schüren keine Verschwörungstheorien. Obwohl auch Asien in der Vergangenheit schlechte Erfahrungen mit westlicher Aggression gemacht hat, hat hier die Erziehung zum Haß gegen den Westen keine Tradition. ...

Anders als das Christentum ... war der Islam sehr früh in seiner Geschichte erfolgreich unter anderem auf den Trümmern des christlichen Byzantinischen Reiches. Von wenigen Ausnahmen abgesehen kannte er über Jahrhunderte die Situation einer Minderheit nicht. Deshalb hat er ein Selbstverständnis der Dominanz und Gestaltung entwickelt und mußte auch nie eine Minoritätentheologie entwickeln. Statt dessen war der Sieg über die westlichen Mächte in Spanien, Sizilien, Konstantinopel, Nordafrika und auf dem Balkan die Grundlage für das Entstehen vieler islamischer Reiche.

Als der Islam seine Macht verlor, stieg Europa militärisch, wissenschaftlich und wirtschaftlich auf und kolonisierte weite Teile der arabischen Welt. Das letzte islamische Reich, das gefallen war, war das Osmanische Reich, das letzte Kalifat. Dieses mußte sich in einer direkten Auseinandersetzung mit dem Westen geschlagen geben. Seine Gebiete wurden unter westlichen Mächten aufgeteilt.

Diesen Machtverlust können viele Muslime bis heute nicht verkraften. Viele träumen noch immer davon, daß sich irgendwann das Rad der Geschichte doch noch zu drehen und der Islam die Macht über die Welt wiedererlangen wird. Dieser Traum legitimiert sich durch ein heiliges Versprechen Allahs im Koran. Der Sieg des Islam über alle anderen Religionen und über die Ungläubigkeit ist nicht nur ein Traum, sondern ein politischer Auftrag, den Gott höchstpersönlich allen Gläubigen erteilt.

Von tödlichen Identitäten und rückwärtsgewandten Utopien

"Der Islam ist als Fremder geboren und wird als Fremder wiederkehren. Selig sind die Fremden", hat Mohamed prophezeit. Nicht jeder Muslim, der nach Europa auswandert, nimmt diesen Auftrag ernst und nicht jeder will Europa islamisieren, doch für viele Islamisten und Vertreter des konservativen Islam ist dieser Traum eine Orientierung für die Zukunft. Manche arbeiten daran, daß die Prophezeiung bald Realität wird, andere behalten sie zumindest im Herzen.

Alle aber wissen, daß der Islam nicht gekommen ist, um sich in irgend etwas zu integrieren, sondern um alles von oben zu bestimmen und den Willen Gottes auf Erden durchzusetzen. Das Prinzip "Andere Länder, andere Sitten" und "Jeder soll nach seiner Fassung selig werden" ist für den gläubigen Muslim nicht bindend. Denn es gibt im Islam keine Gleichwertigkeit von Werten und Sitten. Nur die islamische Moral ist wirklich eine Moral. Und Moral ist gleich auch Gesetz.

Von einem Muslim wird erwartet, daß er und der Islam eine Einheit bilden und daß er sich nicht nur von den unislamischen Werten distanziert, sondern diese auch aktiv bekämpft, während er die islamischen Werte nicht nur unter Muslimen. Sondern überall, wo er lebt, verbreiten soll. ...<<

>>... **Ein Blick in die Zukunft**

... Immer mehr Migranten strömen nach Europa, die Entwicklung überfordert Politik und Wirtschaft. Darüber hinaus verändert die Digitalisierung die wirtschaftlichen Strukturen, viele Jobs gehen verloren. Jobs, mit denen auch unqualifizierte Einwanderer und Deutsche ihren Lebensunterhalt verdienen konnten, gibt es nicht mehr. Es kommt zum Aufstand der Abgehängten, die mit der neuen Welt nicht zurechtkommen. Migrantenviertel wachsen weiter und entwickeln sich immer mehr zu Magnetfeldern für Islamisten und Kriminelle.

Die Ghettos breiten sich in den Großstädten immer weiter aus, Berlin wird zu einem großen Neukölln, Duisburg zu einem großen Marxloh, Bonn zu einem großen Bad Godesberg, Hamburg, Frankfurt und Stuttgart ziehen nach. Die Islamisten starten eine Gegenoffensive gegen einen weichen, verwestlichten Folkloreislam und wollen zurück zu den Grundlagen des Glaubens, so wie sie ihn verstehen. Zurück zur Scharia als letztem Anker gegen eine Welt, die aus den Fugen geraten ist.

Jetzt müssen sie nicht mehr behaupten, die Scharia sei mit der Demokratie vereinbar, denn sie brauchen den Segen der Demokratie nicht mehr. Da sie besser organisiert sind und über die besseren Strukturen verfügen, begeistern sie immer mehr junge, frustrierte Menschen, die gering qualifiziert sind und die in der Hightechwelt kaum eine Chance haben. Sie verstärken die Allianz mit den türkischen Nationalisten und den kriminellen Banden. Auch andere Migranten ohne muslimischen Hintergrund und einige verträumte Linke treten dieser Allianz bei, um der immer weiter erstarkenden Rechten etwas entgegenzusetzen.

Die Rechten haben ihre Hochburgen in kleineren Städten und auf dem Land, wo wenig Migranten leben und die Neonationalisten den Ton angeben. Die gleichen anständigen Deutschen, die früher zu den Problemen der Integration geschwiegen haben, schweigen weiter. Diesmal zum Wiederaufstieg des Rassismus. Das Land spaltet sich in kleine Enklaven auf, die kaum noch etwas miteinander zu tun haben. Der Staat verliert die Kontrolle über seine Bürger, die das Vertrauen in die staatlichen Institutionen längst verloren haben. Skepsis, Haß und Aggressivität bestimmen den politischen Diskurs und das Zusammenleben.

Nur wer sich zu einer bestimmten Gruppe bekennt, wird gehört - von den anderen Mitgliedern dieser Gruppe. Alle bewegen sich in Echokammern, unabhängige Stimmen gibt es nicht mehr.

Ich wandere nach Tunesien aus, wo es noch Säkularität und Freiheit gibt, und erzählte in einem orientalischen Café die Geschichte eines wunderbaren Landes namens Deutschland. Eines Landes, das vor nicht allzu langer Zeit eine funktionierende Demokratie war, dann aber alles auf Spiel setzte und verlor, weil es nicht mehr bereit war, seine Werte zu verteidigen.

...<<